

## Die Woche im Blick

**Kassen entrüsten sich:**  
„Kieferorthopäden müssen Helferinnen entlassen“ 2

**Gesetzliche und Private Krankenversicherung:**  
„Die Gesundheitsversicherung“ 3

**DGZ und Hochschullehrer zur Kompositrestauration:**  
Erweiterte Anwendung im Front- und Seitenzahngebiet 6

## Zahnmedizin

**Computertomographische Untersuchung:**  
Mehr Wissen für Zahnarzt und Patient 9

**Osseointegration:**  
Knochenbildung erfolgt bei mechanischer Ruhe 9

## Praxis aktuell

**Polymer-Instrumente:**  
Substanzschonende Zahnheilkunde 10

**Der Praxis-Tipp (17):**  
Minimal-invasiv gegen verfärbte Zähne 16

**Privatleistungen für Kassenpatienten (1):**  
Zwölf Argumente, die dafür sprechen 18

**AG Keramik:**  
Erst mal zur Wahlurne 18

**Internetseiten** 12/13

**Sonderseiten**  
**Wirtschaft** 21-23

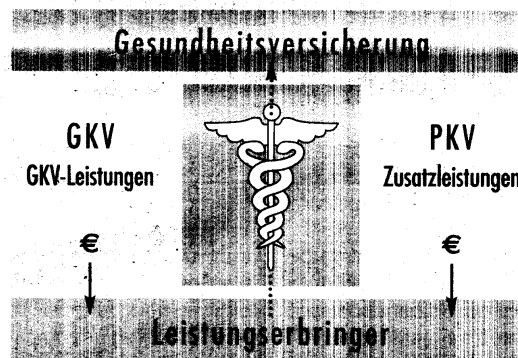
**ZB MED**  
www.mds-dental.de  
Medical & Dental Service GmbH  
56203 Höhr-Grenzhausen  
Telefon: 0 26 24 - 94 99 - 0  
Fax: 0 26 24 - 94 99 29

Krach im Freien Verband um „Privat-Versorgungsvertrag“ mit der Deutschen BKK:

## „Zahnärzte als Drückerkolonne missbraucht“

Der Vertrag zum „Reformmodell aus der Praxis“ für die Praxis“ einer „Gesundheitsversicherung“, der gemeinsam von der Vereinigung unabhängiger Vertragszahnärzte (VuV) Niedersachsen und dem Freien Verband Deutscher Zahnärzte (FVDZ) durch dessen Vorsitzenden Dr. Wilfried Beckmann – wir berichteten vergangene Woche auf Seite 1 – mit der Deutschen Betriebskrankenkasse (ein Zusammenschluss der BKKen Post

nigung (KZV) Niedersachsens, der Freie Verband ist dem Regelwerk nur beigetreten – sei es, auch „den gesetzlich Krankenversicherten die Möglichkeit zu eröffnen, über freiwillige private Zusatzversicherungen den Zugang zu einer qualitativ hochwertigen und präventionsorientierten Zahnmedizin zu erleichtern.“ Der Freie Verband hob lobend hervor, dass es gelungen sei, „erstmal über die verkrusteten Strukturen der Gesetzlichen Kran-



und Volkswagen mit 1,2 Millionen Versicherten) geschlossen worden ist, hat in einzelnen Landesverbänden und bei prominenten Berufspolitikern großen Unmut und Kritik wegen „Verrat aller vom Freien Verband beschlossenen Grundsätze für Kassenverträge“ ausgelöst.

Der Freiverbands-Vorsitzende von Schleswig-Holstein, Dr. Joachim Hüttmann, nannte in der letzten Bundesvorstandssitzung, als der Projektvertrag den Mitgliedern in groben Zügen vorgestellt wurde, den Projektvertrag eine „Werbekampagne für private Zusatzversicherungen, in der die Zahnärzte als Drückerkolonne der DKV (gemeint ist Deutschlands größte private Krankenkasse, die als Vertragspartner der DBKK fungiert) missbraucht werden.“

Der Freie Verband wirbt in einem Schreiben an alle niedergelassenen Zahnärzte in Deutschland damit, das Ziel der Vereinbarung – ausgehandelt von den VuV-Vorsitzenden Dr. Karl Horst Schirbort und Dr. Hans-Hermann Liepe, den beiden Vorsitzenden der Kassenzahnärztlichen Verei-

kenversicherung (GKV) hinaus ein innovatives Konzept zu entwickeln: Es wird Interesse für qualifizierte zahnärztliche Behandlungskonzepte geweckt und der einzelnen Praxis werden Möglichkeiten eröffnet, sich in einem erweiterten Umfang für außervertragliche, präventionsorientierte Maßnahmen zu engagieren.“

### ■ Machtzuwachs

Unter Kritikern heißt es dagegen, damit würden Privatleistungen in den Kassenpraxen wieder nur dann erbracht, wenn eine Versicherung mit mittelfristig sicher weiter zunehmenden Einschränkungen dahinter stehe. Das, so Kritiker, sei auch überhaupt nichts Neues, denn eine private zahnmedizinische Absicherung in Ergänzung zu den GKV-Sachleistungen böten private Versicherer bereits seit längerem an. Es habe auch schon einige – allerdings wegen geringem Versicherungszuspruch weitgehend gescheiterte Projekte – gegeben, in denen individuelle präventive Leistungen für Erwachsene pri-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Merkel spricht mit Schröder über Reform – Seehöfer für Opposition – CDU will Einigung in Ges

## Alles dreht sich um d „heiße Thema Zahne

Die Einigung zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber und der CDU-Vorsitzenden Dr. Angela Merkel – wir berichteten vergangene Woche –, den Zahnersatz aus der GKV-Versicherung in eine private Zwangsversicherung zu überführen, hat zu scharfem Widerspruch des für die Gesundheitspolitik verantwortlichen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Horst Seehofer geführt.

Dennoch wird er – nach vielen internen Gesprächen der CDU/CSU-Partei- und Fraktionsspitze, bei denen er auf seiner Position beharrte – Verhandlungsführer der Opposition mit Gesundheitsministerin Schmidt für einen Kompromiss zum Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) sein.

Die CDU hat auf ihrer Vorstandsklausur am Wochenende in Bad Saarow beschlossen, dass bei der Gesundheitsreform eine Zusammenarbeit mit der Rot-Grün-Regierung möglich ist, Bundeskanzler Schröder und CDU-Chefin Merkel haben dazu bereits miteinander telefoniert und nach „positivem Verlauf von Expertengesprächen eine Elefantenrunde“ verabredet. In dieser soll noch vor dem 8. Juli 2003 eine Einigungsmöglichkeit ausgelotet werden. Gesundheitsministerin Schmidt steht eindeutig hinter den Konsenssuche-Plänen ihres Kanzlers und will, dass die Gesundheitsreform „als Paket verhandelt wird“. An eine Aufspaltung in zustimmungspflichtige und nicht zustimmungspflichtige Teile ist vorerst nicht gedacht, für diesen Fall hatte sowohl Bayern als auch Baden-Württemberg eine Blockade der Restreform im Bundesrat angedroht. Im Ministerium wird bereits an einer zweiten Fassung des Gesetzes – Kompromisslösung mit der CDU/CSU – gearbeitet.

Kernpunkte der Verhandlungen zwischen der Regierung und der Opposition werden die grundlegende Ablehnung aus CDU/CSU-Kreisen des „Instituts für Qualität in der Medizin“ sein, eine Beibehaltung des Verbots des Pharmaversandhandels und des Apotheken-Mehrbesitzes sowie die Ausgliederung von Kassenleistungen. Einstimmig sprach sich der CDU-Vorstand am Wochenende für die private Absicherung von Zahnersatz aus. Das Krankentagegeld soll weiterhin solidarisch

abgesichert bleiben oder allein von den Arbeitgebern bezahlt werden, dafür eine zehnpromzentige Selbstbeteiligung bis zu 2 Prozent des Brutto-Einkommens eingeführt werden. Weitere Vorschläge der CDU/CSU-Herzog-Kommission zur Reform der Sozialsysteme, die auch auf der Vorstandsklausur verabschiedet wurden (Einzelheiten siehe Seite 3), sollen nicht in die GMG-Beratungen eingebracht, sondern auf dem CDU-Parteitag im November beschlossen und in einer großen Gesundheitsreform 2010 zur Entlastung der GKV um 52 Milliarden Euro und einem GKV-Beitrag von 10,4 Prozent führen. Zahnbehandlungen würden dann gänzlich privat versichert werden müssen.

Insgesamt vier Tage dieser Woche wollte der Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages nutzen, um mit den vom GMG betroffenen Verbänden und Interessensgruppen die einzelnen Regierungsvorschläge kontrovers zu diskutieren. Die Zahnärzteschaft

DAS IDS-HIGHLIGHT 2003:

DAS NEUE TRO



**One-Shot-Technol**  
CEPH-Aufnahmen in  
Sekundenschnelle.  
**ONE SH T** Auslösen – ansehen.

www.trophy-digital.de